

Antrag Nr. 18-O-11-0030

Die Linke

Betreff:

Baumaßnahmen Edisonstraße [Die Linke]

Antragstext:

Antrag der Fraktion Die Linke

Der Ortsbeirat möge beschließen:

In der Edisonstraße werden derzeit zehn Gebäude durch Quantum/ATIS saniert und aufgestockt. Das Bauvolumen beträgt für allein eine der Zehn Maßnahmen eine knappe Million Euro. Insgesamt kann also von einem Volumen von fast zehn Millionen Euro ausgegangen werden.

- I.) Der Ortsbeirat fragt daher den Magistrat, wieso dieses Modernisierungs- und Aufstockungsprojekt im Kohlheck nicht wie üblich dem Ortsbeirat vorgestellt wurde und AnwohnerInnen sowie die Mitglieder des Ortsbeirats keine Möglichkeit hatten dem Bauträger und dem Bauamt im Vorfeld Fragen zu stellen.

Das erwähnte Bauprojekt sei angeblich in 2017 vom Bauamt abgelehnt worden.

- II.) Der Ortsbeirat fragt den Magistrat welche Änderungen im Bauantrag nun doch zur recht schnellen Erteilung einer Baugenehmigung geführt haben.

Die Edisonstraße und die angrenzenden Straßen leiden heute schon unter einem erheblichen Parkdruck. Die ESWE-Buslinie 4 muss dort oft wegen kreuz und quer parkender Fahrzeuge sehr langsam und unter Einbeziehung der Bürgersteige durchfahren.

- III.) a) Der Ortsbeirat fragt daher den Magistrat, wo die nach der Stellplatzsatzung vorgesehenen 60 zusätzliche Parkplätze entstehen sollen.

b) Wir fragen auch, ob und wenn ja für wie viele der dringend benötigten Stellplätze durch Zahlungen an den Garagenfond abgelöst wurden und wieso dies trotz der jetzt schon extrem hohen Parkdrucklage genehmigt wurde.

In den betroffenen Häusern in der Edisonstraße gibt es viele Menschen, die sich die angekündigte Mieterhöhung nicht ohne weiteres leisten können - geschweige dann künftige gesetzeskonforme Anpassungen. Es gibt dort viele ältere Menschen, die dort bereits über 30 Jahre wohnen und nun Not gedrungen nochmal umziehen müssen - gleichzeitig wohnen dort viele Alleinerziehende, die durch die Mieterhöhungen auf staatliche Mittel angewiesen sein werden. Die Wohn- und Mietsituationen ist auch in anderen Wiesbadener Stadtteilen bereits sehr angespannt und gerade die stadteigene Wohnungsbaugenossenschaft GEW ist derzeit einer der Hauptmietpreistreiber.

- IV.) a) Der Ortsbeirat fragt den Magistrat, wie der Magistrat den Menschen hilft, die durch die Mieterhöhungen (bis zu 35% bei der Nettokaltmiete) gezwungen sind sich eine neue Wohnung suchen zu müssen oder nun erstmals einen Unterstützungsantrag auf einem Amt stellen müssen.

b) Gibt es von der Stadt proaktiv Beratungen/Aufklärungen an die betroffenen Mietparteien zum Thema Wohngeld und oder Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII oder SGB II.

c) Werden von Quantum oder dem Wohnungsamt der LH Wiesbaden mit den ursprünglichen Mietpreisen vergleichbare Wohnungen als Ersatz angeboten?

Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, wo?

Antrag Nr. 18-O-11-0030
Die Linke

Begründung:

Weitere Ausführungen erfolgen mündlich.

Wiesbaden, 09.05.2018